

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz

71. Sitzung
25. Februar 2026

Beginn: 14.00 Uhr
Schluss: 16.16 Uhr
Vorsitz: Herr Abg. Sven Rissmann (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Senat wird durch Frau Senatorin Dr. Badenberg (SenJustV) repräsentiert.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Homepage des Abgeordnetenhauses als Stream übertragen werde und überdies im Nachgang auf der Homepage des Abgeordnetenhauses über die Mediathek abrufbar sei.

Er stellt fest, dass die Pressevertreterinnen und Pressevertreter Bild- und Tonaufnahmen dieser öffentlichen Ausschusssitzung gemäß Art. 44 Abs. 1, S. 2 der Verfassung von Berlin i. V. m. § 4 Abs. 3 und Abs. 2, S. 2 der Hausordnung der Präsidentin vom 17. März 2023 anfertigen dürfen.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Gemäß Punkt 4, Abs. 5 der Verfahrensregeln des Ausschusses vom 24. Mai 2023 ruft der Vorsitzende die folgenden schriftlich eingereichten Fragen der Fraktionen in der Reihenfolge ihres zeitlichen Eingangs auf. Frau Senatorin Dr. Badenberg (SenJustV) beantwortet diese sowie spontane, mündliche Nachfragen der Ausschussmitglieder (zu den Einzelheiten vgl. Inhaltsprotokoll):

- „Wie bewertet der Senat die jüngste Warnung des Deutschen Richterbundes im Hinblick auf mehr als eine Million offene Strafverfahren in Deutschland und welche konkrete Zahl offener Strafverfahren liegt nach dem Stand Ende 2025 für Berlin vor?“
(SPD)

- „Hat nach der gescheiterten Wahl der Vizepräsidentenstelle am Verwaltungsgericht Berlin im Richterwahlausschuss ein zweiter Wahlgang zur Besetzung der Stelle geführt oder ist die Stelle weiterhin unbesetzt?“
(AfD)
- „Welche Maßnahmen ergreift der Senat im Hinblick auf die vermehrten Gewaltdelikte unter Einsatz von Schusswaffen auf Gewerbetreibende aus dem türkisch-kurdischen Kulturkreis?“
(CDU)
- „Was unternimmt der Senat angesichts des aktuell verstärkten Auftretens der Vogelgrippe unter Wild- und Wasservögeln wie dem Schwan, bedingt auch durch die Schwächung der Tiere durch die Kälte der letzten Wochen und der damit einhergehenden erschwerten Nahrungssuche in zugefrorenen Gewässern?“
(Die Linke)
- „Wie bewertet der Senat die Ursachen und Folgen der Entlassung des erstinstanzlich verurteilten Gefangenen aus der U-Haft im Januar 2026 infolge eines fehlenden Verhandlungsprotokolls, auch in Bezug auf die Dienstaufsicht beim Landgericht und die Konsequenzen für die betroffene Frau, die nun unter Polizeischutz steht?“
(Bündnis 90/Die Grünen)

Punkt 2 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2842

[0288](#)
Recht

Rahmengesetz zur Regelung grundsätzlicher Fragen im Zusammenhang mit der Ausübung der Gesetzgebungskompetenz des Landes Berlin nach Artikel 15 Grundgesetz

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls. Bei bestehendem Einvernehmen hat die Präsidentin des Abgeordnetenhauses gemäß § 26 Abs. 7 S. 6 GO Abg. ihre Genehmigung zur Anfertigung des Wortprotokolls vorab erteilt.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es sich um einen Gesetzesantrag aus der Mitte des Abgeordnetenhauses nach Art. 59 Abs. 2, 2. Alt. der Verfassung von Berlin handle. In diesem Fall sei das federführende Senatsmitglied nach § 43 Abs. 1 der Gemeinsamen Geschäftsordnung für die Berliner Verwaltung / Besonderer Teil (GGO II) gehalten, eine schriftliche Stellungnahme vor der Ausschussberatung dem Ausschussvorsitzenden zuzuleiten. Diese Stellungnahme der Senatsverwaltung für Finanzen liege vor und sei am 17. Februar 2026 per E-Mail an den Ausschuss übermittelt worden.

Herr Abg. Lehmann (SPD) begründet den Antrag für die Antrag stellenden Fraktionen der CDU und SPD.

Im Rahmen der Beratung nimmt Frau Senatorin Dr. Badenberg (SenJustV) Stellung.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss mehrheitlich, mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der AfD, den Antrag – Drucksache 19/2842 – anzunehmen.

Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum zugeleitet.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der
Fraktion Die Linke
Drucksache 19/1656
Gesetz zur Änderung der Tilgungsverordnung

[0184](#)
Recht

Der Vorsitzende weist auf Folgendes hin:

- Es handele sich um einen Gesetzesantrag aus der Mitte des Abgeordnetenhauses nach Art. 59 Abs. 2, 2. Alt. der Verfassung von Berlin. In diesem Fall sei das federführende Senatsmitglied nach § 43 Abs. 1 der Gemeinsamen Geschäftsordnung für die Berliner Verwaltung / Besonderer Teil (GGO II) gehalten, eine schriftliche Stellungnahme vor der Ausschussberatung dem Ausschussvorsitzenden zuzuleiten.
- Mit Schreiben vom 24. Februar 2026 habe Herr Staatssekretär Feuerberg mitgeteilt, dass er um Aufschub und Vertagung des Punktes bitte, da die Senatsverwaltung noch keine schriftliche Stellungnahme gefertigt habe. Dies sehe § 43 Abs. 1 GGO II so vor. Jedoch unterfalle das Abgeordnetenhaus nicht dem Anwendungsbereich der GGO II und kann auch auf diese schriftliche Stellungnahme verzichten.

Die Antrag stellenden Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke geben auf Nachfrage des Vorsitzenden an, trotz Fehlens der schriftlichen Stellungnahme des Senats den o. g. Antrag in der heutigen Sitzung beraten zu wollen. Der Ausschuss verfährt entsprechend.

Herr Abg. Valgolio (Die Linke) und Frau Abg. Dr. Vandrey (Bündnis 90/Die Grünen) begründen den Antrag.

Im Rahmen der Beratung nimmt Frau Senatorin Dr. Badenberg (SenJustV) Stellung.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss mehrheitlich, mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, den Antrag – Drucksache 19/1656 – abzulehnen.

Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum zugeleitet.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Der Vorsitzende kündigt an, dass er im Anschluss an diese Sitzung eine Runde der Sprecherinnen und Sprecher zur Festlegung der Tagesordnung der kommenden Sitzung einberufen werde.

Die nächste 72. Sitzung findet am Mittwoch, den 11. März 2026, um 14.00 Uhr statt.

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Sven Rissmann

Dr. Petra Vandrey